



## Pressemitteilung

### **Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH verurteilt die Anfeindungen des Landesmagazins „defacto“ des Hessen Fernsehens gegen die IRH aufs Schärfste**

Das Landesmagazin „defacto“ des Hessen Fernsehens führt seit Jahren eine systematische Anfeindung und rassistische Hetzkampagne gegen die IRH und die islamischen Organisationen. In seinen Sendungen vom 17. Januar und 7. Februar 2010 versuchte es erneut die Tatsachen und Fakten über die IRH und ihren stellvertretenden Vorsitzenden Ünal Kaymakci bewusst und gezielt zu verdrehen und somit die Öffentlichkeit zu manipulieren. Mit dieser neuen Verleumdungskampagne will „defacto“ den verdienten Ruf der IRH in der Öffentlichkeit und in politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kreisen beschädigen und über diese Verleumdung insbesondere die positiven Entwicklungen im Bereich der Integration der Muslime sowie des islamischen Religionsunterrichts in Hessen torpedieren. Dieses versteckte und eigentliche Ziel von „defacto“ zeigte sich insbesondere durch das Interview mit dem rechtspopulistischen Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer in der Sendung vom 7. Februar deutlich. Die Verantwortlichen von „defacto“ haben einen ihrem Zweck entsprechenden Abgeordneten ausgesucht. Herr Irmer ist der Öffentlichkeit durch seine islamfeindlichen Positionen insbesondere in seiner Zeitung „Wetzlar Kurier“ genug bekannt. Für „defacto“ und Herrn Irmer sind alle islamischen Organisationen entweder islamistisch und verfassungsfeindlich oder problematisch. Deshalb darf – nach der Meinung von „defacto“ und Herrn Irmer - der Staat mit den islamischen Organisationen keine Kooperation schließen und es darf in Hessen keinen islamischen Religionsunterricht geben. Diese Haltung einer öffentlich – rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ist verantwortungslos und ein Missbrauch ihrer Kompetenzen. Die Verdrehung der Tatsachen und die Verleumdung haben mit der Pressefreiheit nichts zu tun. Deshalb ruft die IRH die Leitung des Hessen Fernsehens und den Rundfunkrat auf, diesem Missbrauch und dieser Hetzkampagne des Landesmagazins „defacto“ ein Ende zu setzen.

Trotz des geschlossenen Vergleichs zwischen dem Land Hessen und der IRH am 29. Mai 2006 vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden, in dem die Unterstellungen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber der IRH entkräftet und ausgeräumt wurden und gemäß der Pressemitteilung des Gerichts „der Boden für eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Land Hessen und der IRH bereitet wurde“, bezeichnete „defacto“ in seiner Sendung vom 17. Januar 2010 die IRH weiterhin als „islamistische Organisation“ und ignoriert und missachtet somit eindeutig den Rechtsstaat bzw. die Justiz. Diese Unterstellung von „defacto“ trotz des o.g. Vergleichs ist u.a. bösartig und von unserer Seite strikt zurückzuweisen. Die IRH ist – bestätigt auch durch diesen Vergleich vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden - eine verfassungskonforme Religionsgemeinschaft.

„Defacto“ versuchte auch in seiner Sendung vom 7. Februar 2010 die Fakten zu verdrehen und unseren in politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kreisen geschätzten stellvertretenden Vorsitzenden Ünal Kaymakci durch Vorwürfe gegen seine schiitische Gemeinde bzw. deren Imam zu belasten. Diese Vorwürfe werden von ihm und seiner Gemeinde durch eine Pressemitteilung geklärt. Deshalb verzichten wir hier auf eine Wiederholung.

Die IRH vertritt die Vielfalt der Muslime hinsichtlich ihrer sunnitischen und schiitischen Rechtsschulen und ihrer Herkunft und Kulturkreise. Sie setzt sich seit ihrer Gründung für die Einbürgerung des Islam und die Integration der Muslime in ihrer Vielfalt ein. Sie ist kein Sprachrohr einer bestimmten Gruppe oder eines ausländischen Staates. Sie vertritt alleine die gemeinsamen Interessen ihrer Gemeinden und Ortsgruppen bzw. aller ihrer Mitglieder. Abweichende Positionen einzelner Mitglieder der IRH und ihrer Mitgliedsgemeinden sind für die IRH – genauso wie bei allen Religionsgemeinschaften, Kirchen,

Parteien und Organisationen - nicht verbindlich. Die gemeinsamen Positionen der IRH werden nur von ihrem Vorstand vertreten. Die IRH hat keine Scheu und Komplexe, ihre eigene Kritik beispielsweise an der Kriegspolitik Israels zu üben oder sich selbstkritisch zu äußern. Auch an den Menschenrechtsverletzungen in den muslimischen Ländern übt die IRH seit Jahren – ohne Komplexe- ihre offene Kritik. Sie kennt keine Doppelmoral und handelt glaubwürdig.

Trotz der langjährigen und tendenziösen Anfeindung und Hetzkampagne des Landesmagazins „defacto“ gegen die IRH wird sie durch ihren unermüdlichen und aufrichtigen Einsatz für die Integration der Muslime und das Wohl unseres Landes zurecht von zahlreichen anerkannten gesellschaftlichen, politischen, kirchlichen und wissenschaftlichen Kreisen über Hessen hinaus geschätzt und gewürdigt. Daher ist die IRH seit ihrer Gründung ein verlässlicher Kooperationspartner von ihnen auf Kommunen, Land und Bund. „Defacto“ kann diese Tatsache auch mit ihrer letzten Hetzkampagne nicht ändern.

Die IRH ist – auch gegenüber der Presse und den Medien- transparent und offen für kritische Auseinandersetzung. Sie hat keinen Einwand gegen sachlich – kritische Berichterstattung der Presse und Medien und wünscht sich aber nur ihren fairen und sachgemäßen Umgang mit Muslimen und ihren Organisationen. Deshalb hofft sie auf ein Umdenken und die Einsicht bei den Verantwortlichen des Landesmagazins „defacto“. Zum Schluss bitten wir die die Leitung des Hessen Fernsehens, uns zu einer Live-Sendung im Hessen Fernsehen einzuladen, in der wir alle Vorwürfe von „defacto“ gegenüber der IRH offen beantworten können. Nur so können wir sicherstellen, dass ein sachliches und objektives Bild gewährleistet wird. Wir stehen auch allen weiteren Medien für ihre Fragen gerne zur Verfügung.

Gießen, den 9. Februar 2010

Ramazan Kuruyüz  
Vorsitzender der IRH